



Liebe Leserinnen und Leser,

nur noch wenige Wochen sind es bis Weihnachten. Der Parlamentsbetrieb in Berlin geht in die beiden letzten Runden. Viele wichtige Vorhaben wollen wir noch in diesem Jahr unter Dach und Fach bringen. Dazu gehört auch der Digitalpakt für unsere Schulen. Angestoßen von Ministerin Johanna Wanka vor rund zwei Jahren haben wir im Koalitionsvertrag von Seiten des Bundes bis zu 5 Milliarden Euro in Aussicht gestellt, damit in den nächsten 3 bis 4 Jahren alle Schulen in Deutschland eine WLAN-Ausstattung bekommen können. Ein gutes Projekt; daran besteht kein Zweifel. Doch braucht es eine Verfassungsänderung. Denn so einfach ist es nicht, Geld des Bundes an die Schulträger, also die Kommunen und Gemeindeverbände zu geben. Eine Verfassungsänderung aber heißt: Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundesrat und Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag. Deshalb haben wir in langwierigen Verhandlungen mit der FDP und den Bündnisgrünen um eine Lösung gerungen. Das Ergebnis wollen wir diese Woche im Deutschen Bundestag beschließen. Ich gebe zu: ich hätte mir eine Lösung gewünscht, die weniger weit formuliert ist und kein Einfallstor für weitere Bundesfinanzierungen im Bildungsbereich bietet. Denn die Union steht dafür, dass die Länder auch weiterhin für die Bildung zuständig sein sollen. Nur bei der Digitalisierung wollten wir eine Ausnahme machen: weil eine funktionierende digitale Infrastruktur essenziell ist für die Zukunft unseres Landes. Hier können wir nicht warten, bis das letzte Bundesland auf den Zug aufgesprungen ist. Was zeigt nun die Diskussion um Digitalpakt und Verfassungsänderung? Wir müssen uns in den nächsten Jahren verstärkt mit der Frage auseinandersetzen, ob und wenn ja welche Aufgaben der Bund im Bereich der Bildung übernehmen kann, um gleichwertige Bildungschancen und eine gleich hohe Qualität der Bildung in ganz Deutschland sicherzustellen. Dies wird nicht gehen, ohne dass der Bund als Gegenleistung für sein finanzielles Engagement auch mehr Mitsprache bekommt. Sonst macht das Ganze keinen Sinn. Der Föderalismus lebt also, muss aber in seiner konkreten Ausprägung immer wieder aufs Neue austariert werden. Dies ist eine der vornehmsten Aufgaben von uns Bildungs- und Forschungspolitikern. In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Gute Nachrichten und ein Wermutstropfen – Haushalt 2019 vom Bundestag beschlossen

Berlin – In der letzten Woche hat der Bundestag den Bundeshaushalt 2019 auf den Weg gebracht. Als stellvertretendes Mitglied des Haushaltsausschusses freue ich mich über einige Einzelentscheidungen besonders: Aus dem Haushalt des Finanzministeriums werden beispielsweise 2,41 Mio. Euro für die Einrichtung eines Trainingscenters im Ausbildungszentrum des Technischen Hilfswerks in Neuhausen auf den Fildern bereitgestellt. Fast 240 Mio. Euro stehen für das Programm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ zur Verfügung. Auch für die Sicherheit wird der Bund noch mehr tun. Allein für die Bundespolizei werden zusätzlich über 2.300 neue Stellen geschaffen und jeweils fast 500 beim Bundeskriminalamt und beim Technischen Hilfswerk. Im Haushalt des Wirtschaftsministeriums wurde der Weg für fünf neue DLR-Institute an den Standorten Hannover, Ulm, Oberpfaffenhofen, Rhein-Sieg-Kreis, Cottbus/Zittau/Görlitz sowie für die Übernahme des Regionalflughafens Cochstedt durch das DLR freigemacht. Die neuen Einrichtungen unterstützt der Bund künftig mit 57 Millionen Euro jährlich. Damit stärken wir den Forschungsstandort Deutschlands in wichtigen Zukunftsfeldern. Ein Ziel dieser Entscheidung ist es, Forschung und Entwicklung in ausgewählten Zukunftsfeldern und Schlüsseltechnologien mit dem Ziel zu stärken, dass an den neuen Standorten herausragende Innovationscluster mit Start-ups und neuen mittelständischen Betrieben entstehen. Die drei neuen Institute zum Thema Quantentechnologie in Hannover, in Ulm und in Oberpfaffenhofen bilden dabei einen Verbund und stellen einen maßgeblichen Beitrag zum Quantentechnologie-Programm der Bundesregierung dar. Sie werden die wissenschaftsorientierte Erdbeobachtung (Hannover), Kommunikation und Navigation (Ulm) sowie die technologische Entwicklungen für künftige Galileo-Satellitengenerationen (Oberpfaffenhofen) zum Thema haben. Beim Haushalt des Justizministeriums gab es ebenfalls eine positive Entscheidung. Mich freut es außerordentlich, dass ab

sofort auch homosexuelle Opfer der staatlichen Verfolgung in der Bundesrepublik Entschädigung beantragen können, die nicht verurteilt worden sind. Die bisherige Lücke im Entschädigungsgesetz zu Paragraph 175 StGB a.F. ist endlich geschlossen worden. Gerne habe ich zu dieser Entscheidung in zahlreichen Hintergrundgesprächen mit den eigenen Fraktionskollegen, mit Vertretern der anderen Fraktionen und mit dem Bundesjustizministerium beigetragen. Besonders gespannt war ich natürlich auf die Entscheidungen des Haushaltsausschusses für den Haushalt des Bildungs- und Forschungministeriums. Hier wurde beispielsweise der Idee des Bildungs- und Forschungsausschusses gefolgt, eine Anschubfinanzierung in Höhe von zwei Mio. Euro für den geplanten Wettbewerb „Innovationscluster für eine exzellente berufliche Bildung“ bereitzustellen. Immerhin 14 Mio. Euro werden für die neue Agentur für Sprunginnovationen für das 2019 bereitgestellt, für deren Gründung ich mich schon während der Koalitionsverhandlungen stark gemacht hatte. Auch die dringend erforderliche umfassende bauliche Sanierung des Naturkundemuseums Berlin, einer Einrichtung der Leibniz-Gemeinschaft, kann endlich starten. Über den erheblichen Sanierungsbedarf habe ich mich im Mai persönlich informiert und freue mich, dass es endlich gelungen ist, gemeinsam mit dem Land Berlin einen Fahrplan zu entwickeln. Das gesamte Vorhaben kostet den Bund 330 Mio. Euro, davon werden 2,5 Mio. Euro im kommenden Jahr bereitgestellt. Einen Wermutstropfen habe ich allerdings auch zu verkünden. Der Haushaltsausschuss hat für die Helmholtz-Gemeinschaft für 2019 eine Haushaltssperre über 25 Prozent ihrer vom Bund bereitgestellten Betriebsmittel verhängt. Als Forschungspolitiker und auch als Helmholtz-Senator ist diese Entscheidung für mich fachlich mehr als fraglich. Ich hoffe, dass die Folgen für die Arbeit der Helmholtz-Zentren, insbesondere für die im Bereich der Gesundheitsforschung, weniger dramatisch sein werden, als es viele Fachleute in einer ersten Reaktion befürchtet haben.

Herzliche Einladung

Mein achttes "Hohenheimer Schlossgespräch zur Forschungs- und Innovationspolitik" steht vor der Tür. Diesmal ist die Präsidentin des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), Prof. Dr. Margret Wintermantel, mein Gast. Am Mittwoch, den 28. November 2018 um 19.00 Uhr im Balkonsaal des Schlosses Hohenheim, 70599 Stuttgart sprechen wir über "Intelligente Internationalisierung: Wie internationaler Austausch den Forschungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland stärkt." Ich freue mich auf Ihr Kommen!



Rede zur Hochschulfinanzierung

Berlin – Derzeit verhandeln Bund und Länder über die Fortsetzung des Hochschulpakts. Bis zum Jahr 2020 läuft die aktuelle Vereinbarung, auf deren Grundlage der Bund die Länder bei der Hochschulfinanzierung massiv unterstützt. Im Zeitraum 2007 bis 2023 wird der Bund insgesamt 20,2 Milliarden Euro für die Finanzierung zusätzlicher Studienplätze bereitstellen. Die Große Koalition hat sich dazu bekannt, den Hochschulpakt auch nach 2020 fortzusetzen. In meiner Rede im Bundestag am 18. Oktober 2018 habe ich deutlich gemacht, dass es zuallererst Aufgabe der Länder ist, für eine verlässliche und auskömmliche Grundfinanzierung ihrer Hochschulen zu sorgen. Meine Fraktion erwartet daher, dass die Länder den Nachfolgepakt mindestens in gleicher Höhe wie der Bund mitfinanzieren. Den Videomitschnitt meiner Rede finden Sie [hier](#).



Schulklasse aus Stuttgart zu Besuch im Bundestag

Berlin – Schülerinnen und Schüler des Politik-Kurses des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Stuttgart-Sillenbuch besuchten am 8. November 2018 den Deutschen Bundestag. Gerne stellte ich mich den vielen Fragen rund um meine Arbeit und zu aktuellen Themen wie dem UN-Migrationspakt oder dem Digitalpakt.



Praktikant Theo Kreß

Berlin/Stuttgart – In der Sitzungswoche vom 5. bis 9. November 2018 hospitierte Theo Kreß in meinem Berliner Büro. Der 17jährige Schüler aus Stuttgart erlebte fünf spannende Sitzungstage und nahm an zahlreichen Gremiensitzungen und Gesprächsterminen teil. Für ihn war es ein guter Einblick in das Bundestagsgeschehen, wie er mir am Ende seines Praktikums versicherte.



Klausurtagung der Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt

Berlin – Am 4. und 5. November 2018 traf sich unter meiner Leitung die Enquete-Kommission Berufliche Bildung in der digitalen Arbeitswelt zu einer Klausurtagung in Berlin. In unserer dritten Sitzung haben wir über die Strukturierung der Arbeit, mögliche Themenblöcke und die Einsetzung von insgesamt sieben Projektgruppen beraten. Die Sachverständigen berichteten in Kurzvorträgen über ihre persönliche Zielsetzung und eigene Schwerpunkte für die Arbeit der Kommission. Die vierte Sitzung findet am 26. November 2018 als öffentliche Anhörung mit Vertretern aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung statt.

Wiederwahl in das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld

Berlin – Am 8. November 2018 wurde ich auf Vorschlag der CDU/CSU-Fraktion erneut vom Deutschen Bundestag in das Kuratorium der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gewählt. Ich gehöre dem Kuratorium bereits seit Gründung der Stiftung an und freue mich, auch künftig mitwirken zu dürfen. Die weiteren Vertreter der Unionsfraktion sind Jan-Marco Luczak und Emmi Zeulner. Die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld setzt sich in erster Linie dafür ein, die nationalsozialistische Verfolgung Homosexueller in Erinnerung zu halten, das Leben und Werk Magnus Hirschfelds sowie das Leben und die gesellschaftliche Lebenswelt homosexueller Männer und Frauen, die in Deutschland gelebt haben und leben, wissenschaftlich zu erforschen und darzustellen. Es ist auch Aufgabe der Stiftung, einer gesellschaftlichen Diskriminierung homosexueller Menschen in Deutschland entgegenzuwirken.



Chinesische Abgeordnete zu Besuch in Berlin

Treffen in Berlin mit Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Wissenschaft, Kultur und öffentliche Gesundheit des Chinesischen Volkskongresses. Großes Interesse bestand auf chinesischer Seite vor allem am Thema berufliche Bildung und duale Ausbildung in Zeiten der #Digitalisierung.



ifa-Frühstück in Berlin

Berlin – Unter meiner Schirmherrschaft veranstaltete das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) am 6. November 2018 ein parlamentarisches Frühstück in Berlin. Gemeinsam mit vielen Kollegen aus dem Bundestag haben wir uns über die Arbeit der in Stuttgart ansässigen ältesten deutschen Kulturmittlerorganisation ausgetauscht. Mich hat besonders gefreut, das erste Treffen dieser Art in Berlin eröffnen zu dürfen. Im Rahmen des Frühstücks wurde auch der neue Präsident des ifa, Prof. Dr. Ulrich Raulff vorgestellt (rechts im Foto). Generalsekretär Ronald Grätz gab zudem Einblicke in die Arbeit der Einrichtung. Das erste Treffen war ein erfolgreicher Auftakt. Ich freue mich auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit und wünsche Professor Raulff viel Erfolg in seinem neuen Amt!



Gespräch mit Wirtschaftsexperten aus der Region Stuttgart

Stuttgart – Die Wirtschaftsexpertenrunde, die sich auf meine Einladung regelmäßig trifft, hatte dieses Mal Bernhard Grieb von der Cluster-Agentur Baden-Württemberg zu Gast. Wir führten ein sehr spannendes Gespräch über das Thema Cluster und diskutierten in Anbetracht der Internationalisierung und Digitalisierung, Ausbildungsmöglichkeiten, Innovationsprojekte und vieles mehr.



Politisches Frühstück des DGB Baden-Württemberg

Stuttgart – Auf Einladung des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Baden-Württemberg trafen sich die Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg mit Vertretern des DGB und seiner Gewerkschaften zu einem politischen Frühstück in Stuttgart. In vielfältigen Gesprächen wurde Themen wie z.B. der Wohnungsbau, aber natürlich auch Bildungsthemen aufgegriffen.



Lehrer aus Baden-Württemberg zum Gespräch im Bundestag

Berlin – Am 8. November 2018 traf ich mich mit 20 Lehrerinnen und Lehrern aus Baden-Württemberg zu einem Gespräch bei Kaffee und Tee. Der Deutsche Bundestag lädt jährlich Lehrergruppen aus allen Bundesländern zu einem dreitägigen Seminar ein. In einem angeregten Dialog beantwortete ich die Fragen und Anliegen der Teilnehmer und gab einen Einblick in meine Arbeit, insbesondere im Hinblick auf den Bereich Bildung und Forschung. Natürlich ging es dann vor allem um Fragen rund um Kulturhoheit und Föderalismus, aber auch um die politische Bildung im Lichte des Aufkommens der AfD und der Stimmenverluste der Volksparteien.



Versprechen gehalten: Trendwende für BAföG kommt im nächsten Jahr

Berlin – Am 13. November 2018 wurden die Eckpunkte der im Koalitionsvertrag festgelegten Novelle des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG) bekannt gegeben. Als zuständiger Berichterstatter führte ich in den vergangenen Wochen zahlreiche Gespräche mit dem Bundesbildungsministerium und dem Koalitionspartner. Die Eckpunkte sehen beispielsweise höhere Leistungen für die Geförderten vor: Der monatliche Förderungshöchstsatz steigt um 15 Prozentpunkte von derzeit 735 Euro auf 850 Euro und die Bedarfssätze in zwei Stufen um fünf Prozentpunkte im Jahr 2019 und um weitere zwei Prozentpunkte im Jahr 2020. Auch die angespannte Wohnungssituation berücksichtigt die BAföG-Novelle. Der Wohnzuschlag für nicht bei ihren Eltern wohnende Studierende steigt im kommenden Jahr von derzeit 250 Euro auf 325 Euro im Monat. Die Weiterentwicklung des BAföG ab dem kommenden Jahr ist ein gutes Zeichen für Studierende und deren Familien. Die Eckpunkte haben das Potenzial für eine Trendwende in der Förderung, um wieder mehr junge Menschen mit BAföG-Leistungen zu unterstützen. Ein modernes und leistungsstarkes BAföG erhöht die Attraktivität unseres Bildungssystems, fördert die individuellen Entwicklungsmöglichkeiten und sichert den steigenden Fachkräftebedarf. Mit der zusätzlichen einer Milliarde Euro werden wir die Studienbedingungen in Deutschland erneut spürbar und schnell verbessern.



Stuttgarter CDU nominiert Kandidaten für Kommunalwahl

Stuttgart – In insgesamt 9-stündiger Arbeit und zwei aneinander anschließenden Veranstaltungen hat die CDU Stuttgart ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahlen im Mai 2019 aufgestellt. Knapp 300 Mitglieder waren gekommen, um über die Listen für den Gemeinderat und die Regionalversammlung abzustimmen. Die Listenvorschläge von Findungskommission und Kreisvorstand wurden unverändert und mit großer Mehrheit angenommen. Nun freue ich mich gemeinsam mit den 60 Kandidatinnen und Kandidaten zur Gemeinderatswahl und den 18 Kandidatinnen und Kandidaten zur Regionalwahl auf einen engagierten und begeisternden Wahlkampf.

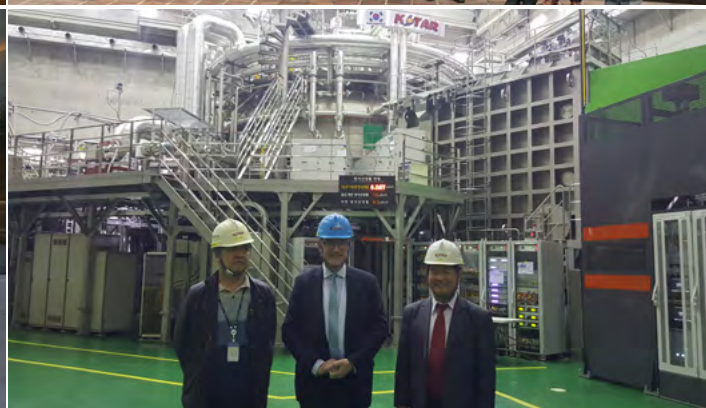
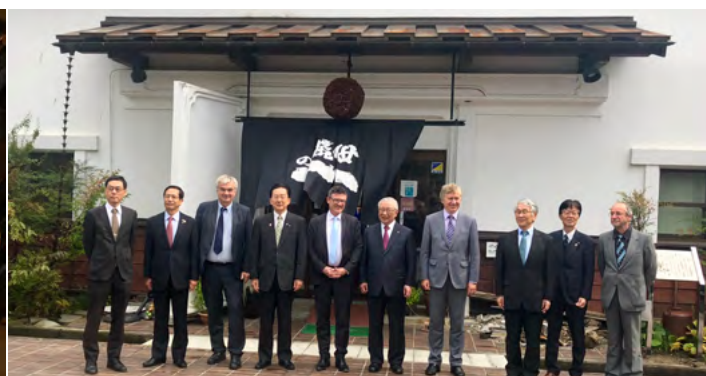


Dienstreife nach Japan und Südkorea

Japan/Südkorea – Auf einer Einzel-Dienstreife nach Japan und Südkorea habe ich mich im Rahmen meiner parlamentarischen Zuständigkeit insbesondere über den Stand internationaler Großforschungseinrichtungen informiert. In Tokyo habe ich zunächst Gespräch mit drei Abgeordnetenkollegen von der Regierungspartei LPD über den geplanten Bau eines Teilchenbeschleunigers in Japan – den International Linear Collider (ILC) – geführt. Beim Besuch des geplanten Standortes des ILC in der Provinz Iwate am zweiten Tag meiner Reise traf ich auf großes Medieninteresse. Mehrere TV-Sender haben über mein Treffen u.a. mit Gouverneur Tasso und Industrievertretern

Teilhabechancengesetz verabschiedet

Stuttgart – Am 8. November 2018 haben wir im Deutschen Bundestag das Teilhabechancengesetz beschlossen. Wir setzen damit einen wichtigen Beschluss aus dem Koalitionsvertrag um: Wir stellen die Weichen dafür, dass auch diejenigen, die schon lange ohne Arbeit sind, von der aktuell sehr guten Lage auf dem Arbeitsmarkt profitieren können. Ziel ist es, vor allem Langzeitarbeitslosen mehr konkrete Beschäftigungsoptionen zu bieten. Gleichzeitig verbessern wir durch intensive Betreuung, Beratung und Förderung die Beschäftigungsfähigkeit. Das Teilhabechancengesetz soll dafür sorgen, dass sich die Förderung passgenau an den Bedürfnissen der Menschen orientieren lässt. Neu ist vor allem die Idee, dass durch ein Coaching den Arbeitnehmern eine ganzheitliche beschäftigungsbegleitende Betreuung ermöglicht wird. Mit diesem Begleitinstrument wollen wir eine individuell an den Bedürfnissen ausgerichtete Unterstützung in allen Berufs- und Alltagsfragen ermöglichen. Wir haben in mehreren Programmen der zurückliegenden Jahre die Erfahrung gemacht, dass es so gelingen kann, Menschen, die lange arbeitslos waren, dauerhaft zu stabilisieren und in den Arbeitsmarkt zu integrieren.



berichtet. Am dritten Tag meines Besuches in Japan habe ich mir das Zentrum der japanischen Teilchenphysik am KEK in Tsukuba angeschaut. Hier werden wichtige Vorarbeiten für den ILC geleistet. Die grösste Forschergruppe am KEK kommt übrigens aus Deutschland. Das habe ich gerne zu einem Austausch mit einigen von ihnen über die Karriereperspektiven deutscher Wissenschaftler genutzt. In Südkorea habe ich schließlich das beeindruckende südkoreanische Fusionsexperiment KSTAR in Daejeon besucht. Interessant: die hohe Bedeutung, die man hier der Kernfusion beimisst, ist in einem eigenen Kernfusions-Gesetz manifestiert.